

Gliederung zur mündlichen Verhandlung des
Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts
am 13. Oktober 2026
in dem Verfahren 1 BvR 804/22

- A. Formalia
- B. Sachbericht
- C. Einführende Stellungnahmen
- D. Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde
- E. Begründetheit der Verfassungsbeschwerde
 - I. Tatsächliche Fragestellungen
 - 1. Statistische Daten und Erkenntnisse (insbesondere zu Umfang und Verteilung übergehender begünstigter und nicht begünstigter Vermögen)
 - 2. Beitrag der Erbschaft- und Schenkungsteuer im Allgemeinen und der Verschonungsregelungen für Betriebsvermögen im Besonderen zur Verwirklichung gesetzgeberischer Ziele
 - II. Vereinbarkeit mit Grundrechten
 - 1. Bewertungsrechtliche Regelung (§ 203 BewG)
 - 2. Verschonungstatbestände (§§ 13a, 13b, 13c, 28a ErbStG)
 - a. Regel- und Optionsverschonung (§ 13a ErbStG)
 - b. Abschmelzmodell (§ 13c ErbStG)
 - c. Verschonungsbedarfsprüfung (§ 28a ErbStG)
 - d. Vorwegabschlag (§ 13a Abs. 9 ErbStG)
 - e. Abgrenzung des begünstigten Vermögens nach dem Verwaltungsvermögenskonzept (§ 13b ErbStG)

- f. Lohnsummenregelung (§ 13a Abs. 3 Sätze 1 bis 13 ErbStG)
- 3. Tarifvorschriften (§§ 19, 19a ErbStG)
- 4. Gesamtwürdigung der Begünstigungstatbestände
- 5. Gestaltungsmöglichkeiten

F. Schlussbemerkungen